

Verantwortliche Redakteure.  
Für den politischen Theil:  
E. Fontane,  
für Fensterton und Vermischtes:  
A. Voelker,  
für den übrigen redakt. Theil:  
H. Schmiedehaus,  
sämtlich in Posen.  
Verantwortlich für den Inseratentheil:  
Q. Knorre in Posen.

# Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Mr. 151.

Sonnabend, 1. März.

1890.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierzehnjährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schliegsame Pessizelle oder deren Raum in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abend-Ausgabe 30 Pf., an beworgerter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachm. angenommen.

## Die neue Postdampferlinie nach Ostafrika.

Der deutsche Reichstag hat am 21. Januar d. J. das ihm zugegangene Gesetz betreffend Errichtung einer subventionirten Postdampferlinie nach Ostafrika genehmigt. Ueber die thathächlichen Verhältnisse sei hier kurz folgendes zusammengefaßt:

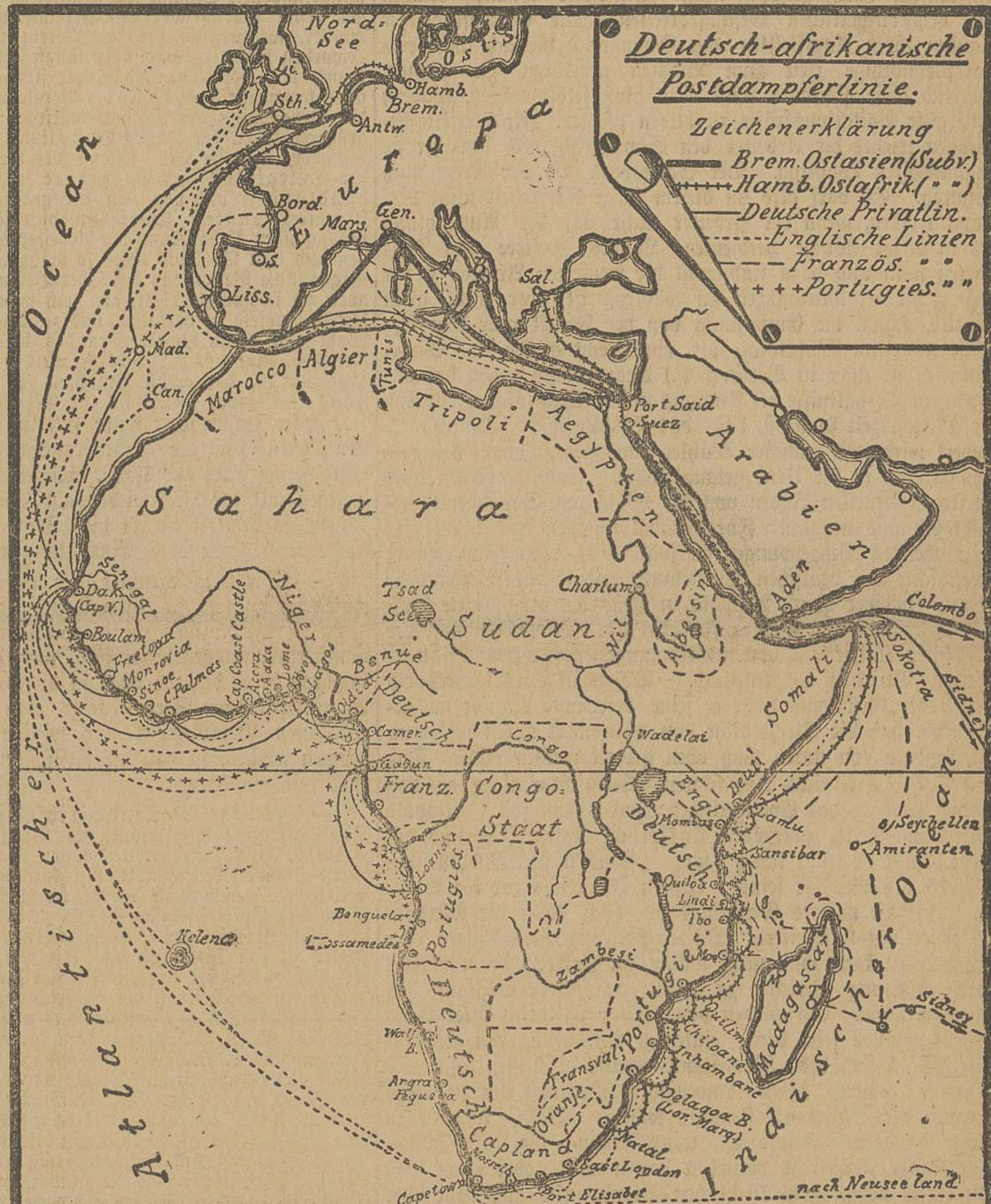
Das Gesetz bestimmt die Errichtung einer regelmäßig fahrenden, deutschen Postdampferlinie von Hamburg ausgehend durch das Mittelmeer und den Suezkanal nach einer Reihe von Hafenplätzen an der Küste von Ostafrika, woselbst Deutschland bekanntlich einen ausgedehnten Kolonialbesitz inne hat. Zur Errichtung und Unterhaltung dieser einen Unternehmer (Aktiengesellschaft &c.) zu übertragenden Linie zahlt das Reich auf die Dauer von 10 Jahren einen Beitrag von jährlich 900 000 Mark, also im Verhältnis zur Länge der Linie etwas weniger, als wie es für die subventionirten Linien nach Ostasien und Australien dem Norddeutschen Lloyd bezahlt. Die Fahrten nach Ostafrika haben in regelmäßigen Zwischenräumen von je 4 Wochen von dem deutschen Hafen aus zu beginnen; als Fahrtgeschwindigkeit ist für die Dampfer mindestens  $10\frac{1}{2}$  Seemeilen ( $2\frac{3}{4}$  deutsche Meilen) in der Stunde vorgeschrieben, jedoch leisten die überseischen Dampfer heutzutage gewöhnlich stets eine höhere Geschwindigkeit, wie dies z. B. auch bei den subventionirten Fahrten des Norddeutschen Lloyd der Fall ist.

Die neue deutsche Postdampferlinie finden unsere Leser auf der bestehenden Karte der afrikanischen Dampfschiffahrtslinien durch eine besondere Linie verzeichnet (siehe Zeichenerklärung oben rechts Hamb. Ostafrik.). Die Linie nimmt von Hamburg ihren Ausgang, soll dann einen niederländischen und einen englischen Hafen (Southampton) anlaufen, geht durch die Straße von Gibraltar und das Mittelmeer nach Port-Said, woselbst die Zweiglinie des Norddeutschen Lloyd von Brindisi (auf der Südspitze Italiens, mit B bezeichnet) sich anschließt, fährt dann durch den Suez-Kanal und das Rothe Meer nach dem im englischen Besitz befindlichen Hafen von Aden und wendet sich von hier um die Spitze Ostafrikas nach Süden herum nach den Hafenorten Lamu (dem Vorhafen von Deutsch-Wituland), Mombas in der englischen Kolonie, Zanzibar (Insel), Quiloa (deutsche Kolonie), Lindi (deutsch), Tavo, Mozambique, Quelimane, Chiloane, Inhambane und Delagobai und soll ev. bis Natal im englischen Gebiet weiter geführt werden. Sie umfaßt also von der Somaliküste an bis herunter nach dem englischen Gebiet im Süden alle wichtigeren Häfen an der ostafrikanischen Küste.

Bis vor Kurzem wurde die einzige regelmäßige Dampfschiffslinie von der Ostküste nach Europa gebildet durch die in Mozambique in Zusammenhang stehenden Fahrten der British-India-Linie von Aden bis Mozambique und der Castle Mail-Linie von Mozambique bis Capstadt. Beide Schiffahrtsunternehmungen sind britische. Zur Besteitung ihres alle vier Wochen einmal stattfindenden Dienstes erhalten sie Zuschüsse von der britischen bzw. der portugiesischen Regierung. Neuerdings, und zwar im November vorigen Jahres, ist an Stelle der bisherigen britischen Postdampferlinie Bombay—Aden—Zanzibar—Mozambique eine direkte britische Postdampferlinie zwischen London und Zanzibar, über Neapel, Aden, Lamu und Mombas eingerichtet worden, und die portugiesische Regierung ist dazu übergegangen, unter Rücksicht des Subventionsvertrages mit der Castle Mail-Packet-Companie, eine portugiesische Postdampfschiffslinie, als Fortsetzung der bereits bestehenden eigenen Postlinie nach ihren Besitzungen an der Westküste Afrikas, bis zu ihren Besitzungen an der Ostküste herzustellen. Seit dem Juli 1888 hat die französische Regierung, da Madagaskar unter französischem Protektorat steht und noch kleinerer Kolonialbesitz der Franzosen (Comoren &c.) hinzukommt, eine direkte französische Postdampfschiffslinie von Marseille nach Zanzibar und Madagaskar eingerichtet. Aus allen diesen Thatsachen geht hervor, daß die fremden Mächte wesentliches Gewicht auf die Herstellung einer guten direkten Verbindung mit Ostafrika legen, und Deutschland folgt nun ihrem Beispiel, indem es ebenfalls eine direkte Schiffahrtsverbindung mit seinen Gebieten herstellt. Die Verlängerung der Linie nach der Delagoa-Bai ist um deswillen von Belang, weil von hier aus die kürzeste Eisenbahnlinie (Delagoa-Bahn) nach dem im guten Kulturzustande, von zahlreichen Deutschen bewohnten und an Naturschätzen (Kohlen, Mineralien, Gold) reichen Transvaal-Staat führen wird.

Die deutsche Kolonie Ostafrika ist fruchtbar und anbaufähig, namentlich gedeihen dort Kaffee, Tabak und Baumwolle, Importartikel, die heute noch sämtlich über England gehen. Auf diesem Gebiet haben die mit dem kaiserlichen Schutzbriefe vom 27. Februar 1885 ausgestattete Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und die Deutsch-Ostafrikanische Plantagengesellschaft mit Gründung tropischer Nutzpflanzerungen einen Anfang gemacht. Auch nördlich des Tana-Flusses, im Witu-Gebiete, ist deutsche Unternehmung bemüht um die Erschließung und Verwertung des Landes zu Kultzwecken. — Eine ähnliche Bewegung gibt sich kund in den übrigen Gebieten der ostafrikanischen Gestade bis zu den britischen Besitzungen an der Südspitze.

Es werden von Deutschland nach Ostafrika die verschiedenartigsten Erzeugnisse der deutschen Industrie ausgeführt: Baumwollen-, Wollen- und Halbwollen-, Hanf- und Leinenwaren, Eisenwaren, Eisen in Stangen und Blechen, Eisen- und Messingdraht, Waffen und Schießpulver, Maschinen und Maschinenteile, Steinzeug, Glaswaren, Lederaquaren, Kurzwaren, Instrumente, Seife und Drogen, Weine, Bier und destillirte Getränke, Cigarren, Tabak, Backwerk, Papier, Oelfärbirnöl, Bündhölzer u. s. w. Es werden eingeführt aus Ostafrika: Gewürznelken, Nelkenstengel, Chilis und andere Gewürze, Gummi, Copal und



Gummi elasticum, Drisseille, Sesamsaat, Erdnüsse, Kopra, Palmkerne, Kokosgarn, Kaffee-Elefantenzähne, Rhinoceroshörner, Schildpatt, Muschelschalen, Ebenholz und andere fremde Nutzhölzer, Häute, Felle u. s. w.

Die hier bestehende Karte gibt einen Überblick über die bestehenden europäisch-afrikanischen Schiffahrtsverbindungen. Zunächst fällt die durch einen dicken schwarzen Strich — bezeichnete Schiffslinie des von Bremen über Antwerpen, Genua, Suez-Kanal nach Aden und von da weiter nach Colombo auf Ceylon und Persien fahrenden Norddeutschen Lloyd in die Augen. Diese Route berührt Ost-Afrika nicht, während die neue ostafrikanische Linie, wie schon oben erwähnt, die ganze Ostküste Afrikas entlang führt. Diese beiden Linien sind die einzigen, Afrika überhaupt berührenden subventionirten deutschen Linien. Andere, private deutsche Dampferlinien führen (vergl. Zeichenerklärung —) von Hamburg nach der afrikanischen Westküste, über Madeira, die Canaren, nach den Häfen der Guineaküste und nach Kamerun, Gabun, der Kongomündung bis Loanda. Die weit überwiegende Mehrzahl der Afrika berührenden Dampfschiffslinien sind jedoch, wie aus unserer Zeichnung ersichtlich, englische. Weiter sind noch portugiesische und französische zu verzeichnen. Unsere Leser können an der Hand unserer Karte und der oben rechts in derselben enthaltenen Zeichenerklärung die deutschen sowohl wie die ausländischen Linien sämtlich auf das Genaueste im einzelnen verfolgen, und, da auf dem afrikanischen Kontinent auch die Grenzen der Kolonialbesitzungen genau bezeichnet sind, sich über die Verbindung dieser Kolonien mit dem Mutterlande zuverlässig orientieren.

## Deutschland.

△ Berlin, 27. Februar. Von den beiden Lesarten über die sogenannte Bismarckfrage wird doch wohl die der „Hamb. Nachr.“ die zutreffende sein. Die Behauptung anderer Offiziösen, daß es sich immer nur um das Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem preußischen Staatsministerium gehandelt habe, stellt sich ersichtlich nur als das Festhalten an einem Thatsbestande dar, der vor etwa 14 Tagen vielleicht der allein richtige gewesen ist. Jene Offiziösen, die sich an ihre eingeschränkte Mittheilung klammern, wiederholen also nur, was man ihnen vor Wochen zu melden aufgetragen hatte. Insofern sind sie subjektiv wahr. Die vielberufene Depesche der „Hamb. Nachr.“ aber konstatierte einen entwickelteren Zustand der Bismarckfrage, und das Neue und Wichtige, was sie gebracht hat, nämlich daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck vom Kanzlerposten beabsichtigt gewesen ist, bleibt für jeden Kenner unserer Preszverhältnisse schon darum bestehen, weil gar kein Zweifel darüber herrschen kann, woher diese außenseiterregende Meldung gekommen ist. Richtig ist freilich und wird an allen kundigen Stellen bestätigt, daß die Angelegenheit in der langen Dienstagskonferenz des Kaisers und des Reichskanzlers „vorläufig“ vertagt worden ist. — An welchem Wochentage eine Reichstagswahl stattfindet, ist eine keineswegs gleichgültige Sache. Der Sonnabend als Wahltag, wie es jetzt bei den meisten Stichwahlen der Fall ist, gefällt den verschiedensten Berufsgruppen nicht. Einerseits kommen Klagen aus den bürgerlichen Geschäftskreisen. Die Geschäftsbetriebe glauben ihren Angestellten am Sonnabend vielfach nicht einmal die nötige Zeit zum Wählen gewähren zu können, während diese Personen sonst nicht bloß selbst wählen, sondern auch gute Agitationsträger zu bilden pflegen. Andererseits bezeichnen wieder die Arbeiter den Sonnabend als den für sie ungünstigsten Wahltag. Der Sonnabend ist der Regel nach Lohnntag. Es darf also an diesem Tage die Arbeit nicht verfügt werden, wenn der Arbeiter nicht auf die Auszahlung des in dieser Woche verdienten Lohnes weitere acht Tage warten will, und dazu sind wohl die wenigsten Arbeiter in der Lage. In der Mittagszeit zu wählen, ist aber nicht allen möglich, zumal die Entfernung von der Fabrik oder dem Geschäft und dem Wahllokal oft eine recht große ist. Wahrscheinlich ist (hier in Berlin z. B.) diesmal auch wegen der angegebenen Verhältnisse der Andrang zu den Wahllokalen während der Mittagszeit so groß, daß das Wahlgeschäft bedeutend erschwert wird und mancher Wähler davon geht, ohne daß sein Stimmzettel in die Urne gelangt wäre. Endlich werden auch die streng rituellen Juden von der Wahl am Sonnabend vielleicht Abstand nehmen. Für diesmal kommen freilich alle jetzt auftauchenden Einwendungen zu spät. — Von seinem Buche „Geschichte des deutschen Protestantismus seit den Befreiungskriegen“ widmet Prof. Nippold in Jena die neue, dritte Auflage dem Audenten Kaiser Friedrichs. Nippold nimmt den verehrten Kaiser als vollen Gesinnungsgenossen des Evangelischen Bundes in Anspruch. Schon in den Vorverhandlungen der Gründung habe er seine bestimmte Ansicht wiedergefunden, daß die Kirche nicht von oben nach unten reglementiert, sondern von unten nach oben gebaut werden müsse. Dass dies Kaiser Friedrichs Ansicht war, überrascht weniger, als daß es die Tendenz des Evangelischen Bundes sein soll. Nippold führt dann weiter zweifelnde Aussprüche Kaiser Friedrichs, wie „Ihr bringt es nicht fertig“ und „Sind meine Süddeutschen dabei?“ als Beweise seines tiefsten Interesses für die Sache an. Das ist unseres Dafürhaltens doch kaum die Methode des objektiven Historikers. In der Stellung eines Kaisers oder Kronprinzen kam man nicht umhin, im Interesse der Eintracht jeder Richtung gerecht zu sein, an jeder möglichst das Gute zu sehen. So werden von Kaiser Friedrich öfter Aussprüche gefallen sein, deren einseitige Anführung ihn als Gesinnungsgenossen des Protestantvereins erscheinen läßt, und vielleicht andere, deren tendenziöse Deutung ihn zu einem Freunde der Orthodoxie stempeln würde. Man kommt zu einem anderen Resultat, wenn man die Individualität Kaiser Friedrichs verstehen lernen will, oder wenn man von einem vorgefassten kirchlichen Standpunkte aus seine oder vielmehr einige beliebige seiner religiösen Neuerungen prüft. Nippold thut dem Kaiser Unrecht, wenn er ihn derart in die Schablone der kirchlichen Parteien preßt. Der Kaiser war ein entschiedener Freund der Duldung. Aber am wichtigsten ist, daß er die Duldung auch gegenüber den nichtprotestantischen Deutschen wollte. An den bedauerlichen Verlebungen Andersgläubiger, wie sie in letzter Zeit vorgekommen sind, hätte der Kaiser wahrlich keinen Gefallen gefunden. — Der Streik der Berliner Militärschneider dauert fort und droht jetzt in ein neues Stadium zu treten, da die Zivilschneider gewillt sind, jene durch Niederlegung der Arbeit in den Geschäften, wo Militärschneider streiken, zu unterstützen. Die Zahl der bis jetzt streikenden Militärschneider beträgt etwa 400, von welchen natürlich die meisten Familienväter sind. Es dürfte ihnen schwer werden, im Kampfe noch lange auszuhalten. — Der Verband deutscher Hutmachergehilfen hat die Ausgabe von Kontrollmarken an diejenigen Hutfabrikanten, welche ihren Arbeitern den tarifmäßigen Lohn bezahlen, veranlaßt. Die Marken werden unter dem Hutfutter angebracht. Die Praxis soll die sein, daß der Kaufende, d. h. hauptsächlich der kaufende Arbeiter, sich im Laden einen Hut vorlegen läßt, dann nachsieht, ob er die Marke enthält und, wenn dies nicht der Fall ist, den Laden verläßt, ohne zu kaufen. Die Einrichtung ist eine Folge des Luckenwalder Hutmacherstreiks und soll nur den Zweck haben, den nicht wieder in Arbeit Genommenen lohnende Beschäftigung zu geben. Es geht jetzt die Notiz durch einige Blätter, daß sich elf Fabrikanten hiermit einverstanden erklärt hätten.

Elf Fabrikanten ist nun an sich eine kleine und nicht ins Gewicht fallende Zahl; auch hören wir, daß diese Elf sämtlich kleine Hutmacher sind, welche mit wenigen Gehilfen arbeiten und Anhänger der Arbeiterbewegungen sind. Es ist bei den Erklärungen der Arbeiter: „So und so viele haben bewilligt“ bekanntlich öfter so. Einen allgemeinen Erfolg wird das Vorgehen der Hutmachergehilfen sicher nicht haben, da diese mit Marke versehenen und also nach dem Tarif bezahlten Hüte theurer sind als die andern, und jedermann, auch die Arbeiter und Sozialdemokraten eingerechnet, dort kauft, wo er bei gleicher Güte der Ware den geringeren Preis zu zahlen hat. Aus diesem Grunde hat auch Bebel schon vor ähnlichen Versuchen gewarnt.

— Nachdem es bisher hieß, Herr Dr. Hammacher sei wegen seines leidenden Gesundheitszustandes nicht wieder zum Vorsitzenden des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund gewählt worden, wird jetzt von den „Berl. Pol. Nachr.“, welche auch das offiziöse Organ der Großindustriellen sind, offen zugestanden, daß der wahre Grund die Haltung des Herrn Hammacher während des Bergarbeiterausstandes war. Die Erklärung ist auch in so fern bemerkenswert, als sie auf die Gesinnungen schließen läßt, mit denen die Großindustriellen den kaiserlichen Erlassen gegenüberstehen. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben:

Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund hat in einer am 21. d. Mts. stattgefundenen Sitzung sein Präsidium neu konstituiert. Langjähriger erster Vorsitzender des Vereins war bisher Herr Dr. Hammacher, welcher sich um den Verein zweifellos große Verdiente erworben hat. Es war aber längst schon in weiteren Kreisen bekannt, daß Herr Dr. Hammacher sich während des im Mai v. J. ausgebrochenen Ausstandes der Bergleute mit seinen Ansichten über die Behandlung der Bergarbeiterfrage im Widerspruch mit dem größeren Theil der Bechen-Berwaltung befand, und daß diese insbesondere den im Mai seitens des Herrn Dr. Hammacher mit den Delegirten der Bergleute in Berlin gepflogenen Verhandlungen und von ihm abgegebenen Erklärungen nicht zu stimmen konnten. Eine vollständige Übereinstimmung in der Auffassung über Behandlung der Arbeiterfrage zwischen dem Vorsitzenden und dem Vorstand eines so maßgebenden Vereins, wie es der bergbauliche Verein für den Oberbergamtbezirk Dortmund ist, ist aber um so nothwendiger, als noch manche wichtige Maßregel auf diesem Gebiete zu berathen und zu beschließen sein wird. — Die Wahl zum ersten Vorsitzenden des bergbaulichen Vereins ist auf den Geh. Finanzrat Lende gefallen, von welchem man allseitig überzeugt ist, daß er die Ansichten des bergbaulichen Vereins und seines Vorstandes teilt und zur Geltung bringen wird.

Herr Hammacher hatte sich in der Unterredung mit den Bergleuten für die Arbeiterausschüsse ausgesprochen, deren Einführung auch der Kaiser wünscht; die Grubenbesitzer geben dagegen mit der Nichtwiederwahl Hammachers deutlich zu erkennen, so bemerkt hierzu die „Voss. Ztg.“, daß sie auf ihrem Widerstand gegen diese Einrichtung verharren.

— Die Angelegenheit der Gehaltsaufbesserung der Beamten ist insofern in ein weiteres Stadium getreten, als nunmehr die Grundzüge für die betreffende Vorlage im Finanzministerium ausgearbeitet sind und die kommissarischen Berathungen über dieselbe noch in dieser Woche beginnen werden. An unterrichteten Stellen neigt man der Ansicht zu, daß die erwähnten Berathungen nur wenige Sitzungen in Anspruch nehmen werden, so daß die Feststellung der Vorlage in Kürze wird erfolgen können.

— Der deutsche Landwirtschaftsrath erörterte in seiner Dienstagsitzung die Frage der Verfälschung von Futtermitteln. Einige Redner verlangten staatliches Einschreiten dagegen durch Stellung des Handels mit Futtermitteln unter das Nahrungsmittelgesetz. Schließlich wurde beschlossen, mit den Futtermittelfirmen in Verbindung zu treten zwecks einer Vereinbarung über das Mindestdgehalt von Eiweißkörpern, Fett und sonstigen Bestandteilen in den Futtermitteln. Die Versammlung erörterte sodann die Deichfrage, bei welchen sie sich für Errichtung von Stromätern, für Herstellung von Vorrichtungen zum bequemen Hinein- und Hinauslassen des Hochwassers und für Erbauung von Quer-dämmen gegen Durchströmungen aussprach. Den Schlüß der Verhandlungen bildete die Versprechung des Genossenschaftsgesetzes. Der Landwirtschaftsrath nahm eine Resolution an, welche den Segen des Gesetzes gerade für die Landwirtschaft, besonders auch für die kleinen und mittleren Landwirthe, und durch die Theilhaft auch für den größeren Besitz betont. — In seiner Mittwochsitzung nahm der Landwirtschaftsrath Stellung zu dem Warrentages. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher der Erlass eines solchen Gesetzes als weder einem Bedürfnis noch auch dem Interesse der deutschen Landwirtschaft entsprechend bezeichnet wird. In Bezug auf das Getreide-Termingeschäft erklärte der Landwirtschaftsrath von seinem agrarischen Standpunkt aus seine Übereinstimmung mit der Einführung der neuen Schlüscheinbestimmungen, da nach seiner Auffassung die Qualitätsanforderungen eine Schranke bilden gegen die bloße Getreidespekulation und der Heraabdrückung des Preissniveaus entgegenwirkt. — In seiner Schlussfassung erörterte der Landwirtschaftsrath die Nothwendigkeit schärferer Maßregeln zur Unterdrückung der Viehseuchen im Innlande. Die Redner sprachen sich durchweg für Beibehaltung der Sperrmaßregeln aus; dagegen erklärte sich Dekonominerath Kennemann (Posen) gegen eine von mehreren Rednern gewünschte Verschärfung der Maßregeln. Zum weiteren Schutz gegen die Verbreitung von Viehseuchen wurde von mehreren Seiten die Einführung der Anzeigepflicht bei jedem Seuchenausbruch empfohlen. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, welche eine Abänderung der Gewerbeordnung dahin für wünschenswert erklärt, daß die deutschen Landesregierungen ermächtigt werden, bei drohender Gefahr der Einführung und bezw. Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche den Handel mit Klauenvieh im Umherziehen zu unterlägen, und welche die Anwendung der nach dem Reichs-Seuchengesetz vom 1880 zulässigen schärferen Maßnahmen nicht erst bei Ausbruch einer Seuche, sondern als vorbeugendes Mittel schon dann für erforderlich erklärt, wenn die Gefahr einer Seucheneinführung droht. In Bezug auf den Verkehr mit Kunstbutter wurde in der Versammlung eine noch schärfere Handhabung des Kunstbuttergesetzes durch Errichtung besonderer staatlich beaufsichtigter Unterluchungsämter empfohlen.

— In verschiedenen Gesetzen sind dem Minister der öffentlichen Arbeiten Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Bergrechts u. n. der Bergverwaltung übertragen und durch das Gesetz vom 13. März 1879 ist ausdrücklich bestimmt, daß die bis zur Trennung des Ministeriums dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten auf diesen Gebieten zugehörenden Befugnisse auf den Minister der öffentlichen Arbeiten übergehen. Obwohl bei der Be-

rathung des gedachten Gesetzes im Abgeordnetenhaus die Ansicht vertreten und näher begründet worden ist, daß es in allen Fällen, in welchen die gesetzliche Bezeichnung des Rechts nichts Anderes als die Wiedergabe der bestehenden Organisation und dementsprechend nur von enzyklopädischer Bedeutung ist, mit Rücksicht auf das verfassungsmäßige Organisationsrecht der Krone einer Aenderung jener Zuständigkeitsbestimmungen nicht bedürfe, ist, wie schon erwähnt, doch der Weg der Gesetzgebung auch in dem vorliegenden Falle, wo es sich um die Übertragung dieser Zuständigkeiten auf den Handelsminister handelt, schon der größeren Sicherheit wegen gewählt worden.

— Premier-Lieutenant Krenzler, Kompaniechef in der Schutztruppe für Ostafrika, ist dem „Schwäb. Merk.“ zufolge vom faijerlichen Reichskommissar, Major Wissmann, zum Distriktschef des gesamten Usambara-Bezirkes, vorläufig die Stationen Tanga, Tannata und Pangani umfassend, ernannt worden. Der selbe wird seinen Wohnsitz voraussichtlich nach Pangani verlegen.

Dortmund, 26. Februar. In einer gestern Abend hier unter Voritz des Bergmanns Bunte stattgehabten Bergarbeiterversammlung wurde folgende Resolution, die allen deutschen Bergarbeitern zur Annahme vorgelagert werden soll, beschlossen: „In Erwägung, daß der im Bergbauwesen zwischen den Bergwerksbesitzern und den besitzlosen Bergleuten bestehende rechtliche und wirtschaftliche Widerstreit nur dadurch vollständig beendet und der soziale Frieden nur dann dauernd und sicher hergestellt werden kann, wenn die Bergwerke in den Besitz der dieselben für das Gemeinwohl nutzbar machenden selbstthätigen Arbeiter, Beamten und Leiter derselben übergehen: in fernerer Erwägung, daß, wenn geeignete Rechtsformen geschaffen sind, um die Bergwerk-Unternehmungen zum gemeinschaftlichen Eigenthum, oder richtigem Herrenthum, der gegenwärtigen Besitzer und namentlich der sogenannten Aktionäre von Aktiengesellschaften zu machen, es auch nicht schwierig sein kann, andere Rechtsformen herzustellen, welche dieselben in das gemeinschaftliche Eigenthum der in ihnen selbstthätigen Leiter, Beamten und selbständigen Arbeiter umwandeln; in endlicher Erwägung, daß diese und ähnliche Eigenthumsumwandlungen, wie insbesondere bei der Befreiung des Bauernstandes und bei dem Übergange der Eisenbahnen auf den Staat, wiederholt durch Enteignung vorgenommen sind, und im kleineren Maßstabe, wie bei der Anlegung von Wegen, Straßen, Kanälen, Festungen, Wasserwerken, öffentlichen Gebäuden u. s. w. auf dieselbe Weise fast alltäglich vollzogen werden, beschließt die Versammlung, in Gemeinschaft mit dem gesamten deutschen Bergmannsstande bei dem Reichstage, dem Bundesrat und bei dem deutschen Kaiser darauf hinzuwirken, daß sämmtliche deutschen Bergwerks-Unternehmungen durch Enteignung der bisherigen Besitzer in das dauernde, gemeinschaftliche und unveräußerliche Eigenthum der in denselben selbstthätigen Leiter, Beamten und selbständigen Arbeiter übergehen, wie daß bis zum Vollzuge dieses Überganges schließlich ein Bergbau-Nachgebot erlassen werde, welches den schwersten gegenwärtigen Misständen durch etwaiges unmittelbares Einschreiten der Organe der Staatsbehörden nach Möglichkeit völkerliche Abhilfe zu verschaffen im Stande ist.“

## Österreich-Ungarn.

\* Lemberg, 27. Februar. Der bekannte österreichische Reichsrathsabgeordnete Otto Hausner, einer der hervorragendsten Führer der Polen im Wiener Abgeordnetenhaus, ist in Lemberg, wie uns ein Telegramm bereits gemeldet hat, in der vergangenen Nacht gestorben. Obwohl von deutschen, aus Hamburg in Galizien eingewanderten Eltern geboren und großenteils in Deutschland gebildet — Hausner war im Jahre 1848 Student in Berlin und beteiligte sich hier am „Märzaufstand“ — war er einer der enragirtesten Deutschen-Hasser. Durch zahlreiche Reden, die oft das nachhaltigste Aufsehen hervorriefen, hat er seine antideutsche Gesinnung öffentlich kundgethan; das deutsch-österreichische Bündniß hat er aufs Leidenschaftlichste bekämpft. Hausner war 1827 in Brody geboren, dem Reichsrath gehörte er seit 1878 an.

\* Pest, 26. Februar. (Voss. Ztg.) Wider Erwarten herrsche heute verhältnismäßige Ruhe im Abgeordnetenhaus, dagegen ist die Situation nach wie vor ganz aussichtslos. Der gestrige Zwischenfall mit dem Präsidenten wurde heute zu Beginn der Sitzung glatt erlebt. Darauf erfolgten zwei Reden aus den Reihen der Opposition, jede in ihrer Art das Verlebendste, was überhaupt einem Minister gesagt werden kann. Abgeordneter Götvös von der äußersten Linken und Abgeordneter Grünwald von der gemäßigten Opposition sprachen in Ausdrücken der Missachtung und des unerbittlichen Hasses gegen Tisza, dessen Rücktritt vom Amt forderten. Diese Reden waren aber so geschickt in der Form, daß weder der Präsident zu einem Ordnungsruß noch die Mehrheit zur Einsprache Gelegenheit hatte. In solcher Weise gedenkt die Opposition, die Debatte noch mindestens bis Ende dieser Woche zu führen, die äußerste Linke kündigt aber bereits jetzt an, ihre große Aktion werde erst bei der Berathung der Revision des Heimathsgesetzes stattfinden; da gedenkt sie Tisza unmöglich zu machen, wenn er in die Vorlage nicht die Bestimmung aufnimmt, daß Rossuth sein Heimathrecht behält. Die Schwierigkeit liegt darin, eine Form zu finden, welche für die Krone annehmbar ist und auch die äußerste Linke befriedigt. Geschieht das nicht, dann stehen Skandale bevor, die alles Bisherige überbieten. Die ungewönde Lage wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß die Zukunft nicht von den Entschlüssen der Regierung und der Kammermehrheit, sondern von dem Terrorismus der äußersten Linken abhängt, gegen welchen Tisza machtlos ist.

## Rußland und Polen.

○ Petersburg, 26. Februar. In den Ostseeprovinzen führen die städtischen Verwaltungen den allerdings aussichtslosen Kampf gegen die russische Bergewaltigung mit anerkennenswerthem Muthe weiter. So hatte die städtische Verwaltung in Dorpat eine Beschwerde an den Senat darüber gerichtet, daß aus dem städtischen Etat pro 1890 ein Beitrag, der in althergebrachter Weise zur Erhaltung der evangelischen Geistlichen bestimmt war, Seitens der Regierung als Auffichtsbehörde gestrichen worden war. Wie natürlich zu erwarten, hat der Senat die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. Voraussichtlich werden wohl die Beschwerden, welche die städtische Verwaltung von Riga an die Gouvernial-Abtheilung für städtische Angelegenheiten und an den Gouverneur gerichtet hat, leider eben so wenig Erfolg haben. Bei diesen Beschwerden handelt es sich um Wahl-Angelegenheiten,











